

EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser

„Weltoffenheit, Respekt und Gemeinschaft sind Werte, die Deutschland nicht nur zu einem lebenswerten, sondern auch zu einem wirtschaftlich starken Land machen. Deshalb stehen wir zusammen für ein offenes Land, das sich Schwierigkeiten mutig stellt.“ Mit dieser Botschaft setzen rund 500 Unternehmen und gesellschaftliche Institutionen sowie mehr als 350 Wissenschaftseinrichtungen in der Kampagne #Zusammenland ein Zeichen gegen Rechtsextremismus und bekennen sich zu Freiheit und Vielfalt. Der Kampagne hat sich auch die Max-Planck-Gesellschaft angeschlossen. Sie reagiert damit auf gesellschaftliche Entwicklungen, die unsere freie demokratische Gesellschaftsform bedrohen. „Rechtsradikale Gesinnung und Fremdenfeindlichkeit bereiten mir Sorge“, sagte Max-Planck-Präsident Patrick Cramer kürzlich in einem Videoblog, der sich an die Beschäftigten der Forschungsorganisation richtet. „Vergessen wir nie: Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Wir müssen auch für sie einstehen und verantwortlich mit unseren Rechten umgehen.“

Da passt es gut, dass das Bundesforschungsministerium 2024 zum Wissenschaftsjahr der Freiheit ausgerufen hat. Auch in *MaxPlanckForschung* werden wir in diesem Jahr verschiedene Aspekte der Freiheit beleuchten, angefangen mit dem Fokus dieser Ausgabe, der sich dem Spannungsfeld zwischen Freiheit und Unfreiheit widmet. Wie wichtig der Einsatz für Freiheit und Demokratie ist, wurde in den vergangenen Jahren in erschreckend vielen Ländern deutlich, in denen die freiheitliche Demokratie sukzessive demontiert wurde. Indem sogenannte illiberale Demokratien wie Ungarn die Gewaltenteilung einschränken, garantieren sie eben nicht mehr alle liberalen Freiheitsrechte. In Russland, das mittlerweile als Diktatur eingestuft wird, wurden diese Rechte mit dem Beginn des Angriffskriegs gegen die Ukraine gänzlich abgeschafft. In unserer Infografik erfahren Sie, welche staatlichen Eingriffe die Freiheit untergraben und die Demokratie aufs Spiel setzen. Aber es gibt Hoffnung. Dafür stehen nicht nur Kampagnen wie #Zusammenland und die Demonstrationen gegen Rechtsextremismus in vielen deutschen Städten. Das Beispiel Polens zeigt, dass freiheitliche Kräfte trotz des autoritären Umbaus durch die PiS-Partei wieder an die Regierung kommen können. Wie sich Freiheit und Rechtsstaatlichkeit in Polen restaurieren lassen, erläutern Armin von Bogdandy und Dimitri Spieker vom Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht in einem Essay.

Sich für Freiheit und Demokratie einzusetzen, sollte allen Menschen und Institutionen in diesem Land ein Anliegen sein – insbesondere der Wissenschaft: Sie braucht nicht nur die Freiheit, neue Wege zu gehen. Die Kräfte, die Freiheit und Demokratie bedrohen, leugnen auch wissenschaftlich anerkannte Fakten, wie in Debatten zum Klimawandel immer wieder deutlich wird. „Wer Fakten missachtet und verdreht, beschädigt den Diskurs“, sagt Patrick Cramer. Doch gerade der offene, faktenbasierte Diskurs kennzeichnet eine pluralistische Gesellschaft. Wir möchten dazu beitragen, dass er in Deutschland weiterhin möglich bleibt.

Ihr Redaktionsteam